

# Afrika im Blickpunkt



Institut für Afrika-Kunde  
Institute of African Affairs

---

Nummer 1

Februar 2002

ISSN 1619-3156

---

## **Somalia und der internationale Terrorismus: Wie stark sind islamistische Fundamentalisten am Horn von Afrika?**

*Antonie Nord*

*Im Zuge der weltweiten Bekämpfung des Terrorismus ist Somalia in den Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit gerückt. Bereits wenige Wochen nach den Terroranschlägen in New York und Washington bezeichneten Vertreter der US-Regierung das Land am Horn von Afrika als einen möglichen Zufluchtsort für Anhänger von Osama Bin Laden<sup>1</sup>. Vor allem die in Somalia ansässige Al Ittihad-al-Islami (Islamische Union) gilt als mögliches Verbindungselement zwischen somalischen radikal-islamischen Kräften und Bin Ladens Al Qaida-Organisation. Aber auch das somalische Finanzinstitut Al Barakaat zählt zu den Organisationen, die laut einer von Washington veröffentlichten Liste mit 27 terroristischen Führern und Gruppierungen in Verdacht stehen, das Al Qaida-Netzwerk zu unterstützen. Als eine der ersten Maßnahmen der US-Regierung gegen Somalia wurden im November 2001 sämtliche internationalen Konten von Al Barakaat eingefroren. Auch die zu Al Barakaat gehörende Telekommunikationsfirma Barakaat Telecommunications Company und die Somali Internet Company, der einzige Internetprovider des Landes, mussten auf Druck Washingtons schließen. Damit sind somalische Bürger nicht nur von privaten Geldüberweisungen aus dem Ausland – für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eine lebenswichtige Einnahmequelle – weitgehend abgeschnitten; auch die Kommunikation mit im Ausland lebenden Verwandten ist für einen Großteil der Somalier unterbunden worden.*

Die Hinweise darauf, dass Somalia nach Afghanistan das nächste Ziel eines direkten Militärschlags der Anti-Terror-Allianz werden könnte, haben sich bisher nicht bestätigt. Es ist allerdings kein Geheimnis, dass auch in militärischer Hinsicht die Aktivitäten der

USA und ihrer Verbündeten am Horn von Afrika zugenommen haben. So zeigt nicht zuletzt die Entsendung der deutschen Bundesmarine zur Überwachung der somalischen Küste (und angrenzender Regionen), dass der Westen das Land gegenüber der arabischen

---

<sup>1</sup> So äußerte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld am 17. Oktober 2001 in einer Pressekonferenz, dass Somalia zu den Orten zähle, an denen sich Al Qaida-Kämpfer verstecken würden. Ähnliche Aussagen machte auch die Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten, Condoleeza Rice.

Halbinsel weiterhin als Aufenthaltsort radikal-islamischer Terroristen betrachtet.

Nach Aussage von US-Außenminister Colin Powell Anfang Februar dieses Jahres sind die USA vor allem besorgt darüber, dass Terroristen den Zustand der Anarchie in dem „gescheiterten Staat“ Somalia für ihre Zwecke ausnutzen könnten. Das Land werde sorgfältig überwacht, so Powell, um zu überprüfen, ob Terroristen die instabile Situation in Somalia als „fruchtbaren Boden“ für die Planung neuer Aktivitäten oder als sicheren Rückzugshafen nutzen<sup>2</sup>.

Tatsächlich gibt es in Somalia seit dem Sturz des Diktators Siad Barre im Jahr 1991 keine gesamtstaatliche Autorität mehr. Obgleich das Land seit August 2000 über eine Übergangsregierung verfügt, die Hoheit über das gesamte Staatsgebiet beansprucht, sind die Chancen für eine Durchsetzung dieses Anspruchs höchst gering.

Das Ziel der Wiederherstellung der nationalen Einheit war im Sommer 2000 auf einer Friedenskonferenz somalischer Clanvertreter und zivilgesellschaftlicher Akteure im benachbarten Djibouti festgelegt worden<sup>3</sup>. Unterstützt von der internationalen Gebergemeinschaft wählte die Konferenz nach mehrmonatigen Verhandlungen ein Übergangsparlament, das mit Abdikassim Salad Hassan einen ehemaligen Minister der Barre-Regierung zum neuen Präsidenten Somalias bestimmte. Die von Präsident Salad gebildete Interimsregierung unter Premierminister Galaydh nahm Ende 2000 in Mogadishu ihre Arbeit auf. Es gelang ihr jedoch nicht, die innere Sicherheit wieder herzustellen und den Bürgerkrieg, unter dem die Bevölkerung seit über 10 Jahren leidet, endgültig zu beenden. Vor allem in Mogadishu blieb die Sicherheitslage sehr angespannt. Zudem sah sich die Regierung bereits nach wenigen Monaten schweren Korruptionsvorwürfen ausgesetzt, die angesichts der ungelösten politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu einem besonders starken Ansehensverlust bei der Bevölkerung geführt haben<sup>4</sup>. Im Oktober

2001 sprach letztlich auch eine Mehrheit der Abgeordneten des Übergangsparlaments der Regierung ihr Misstrauen aus, so dass ihre Amtszeit bereits nach gut einem Jahr beendet wurde. Ende 2001 setzte Präsident Salad mit Hassan Abshir Farah einen neuen Premierminister ein.

Unabhängig von der Leistungsbilanz der Übergangsregierung wird der Herrschaftsanspruch Mogadishus von vielen Seiten jedoch *prinzipiell* bestritten:

- Der Nordwesten Somalias hat sich bereits im Mai 1991 als sogenannte Republik Somaliland vom Gesamtstaat abgespalten. Das ehemalige „Britisch-Somaliland“ löste damit einseitig den Unionsvertrag von 1960 mit dem einstmaligen italienischen Treuhandgebiet in Süd- und Zentralsomalia auf. Mit der Ausrufung eines eigenen Staates erklärte die neue politische Führung unter Präsident Mohammed Ibrahim Egal die Herrschaftslegitimität Mogadishus für den neuen Staat als beendet. Zum neuen Regierungssitz Somalilands wurde die Stadt Hargeisa erklärt. Trotz fehlender internationaler Anerkennung ist die Republik Somaliland heute die einzige Region des zerfallenden Staates, in der sichtbare Fortschritte in Richtung einer Befriedung der innenpolitischen Lage und einer Demokratisierung des politischen Systems gemacht wurden.
- Im Nordosten des Landes folgte im Jahr 1998 die Ausrufung einer autonomen Verwaltungsregion Puntland. Im Gegensatz zu Somaliland ist es hier jedoch nicht gelungen, einen - wenn auch brüchigen - innenpolitischen Frieden aufrecht zu erhalten. Die Sicherheitslage hat sich massiv verschlechtert, nachdem ein Rat von Clanältesten im November 2001 mit Jama Ali Jama einen neuen Präsidenten wählte und sich der Amtsinhaber Abdullahi Yussuf weigerte, seine Niederlage anzuerkennen. Abdullahi Yussuf kämpft seither mit Waffengewalt gegen die Regierung Ali Jama. Unbestätigten Angaben zufolge erhält er dabei militärische Unterstützung aus Äthiopien<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Powell äußerte sich gegenüber dem Komitee für Internationale Beziehungen des US-Repräsentantenhauses (vgl. AFP, 07.02.2002).

<sup>3</sup> Die Friedensgespräche im djiboutischen Arta dauerten von Mai bis September 2000.

<sup>4</sup> Vgl. Roland Marchal, 2001a: La Somalie, nouvelle cible de „justice illimitée“? In: Politique africaine No. 84, decembre 2001.

<sup>5</sup> Vgl. Mark Turner, in: Financial Times, 21.01.2002.

- Im Dezember 1999 proklamierte die Rahanweyn Resistance Army (RRA) die regionale Selbstverwaltung für die Bay-Region in Südsomalia. Die RRA wird jedoch von anderen lokalen Milizen bekämpft. Daher sind ihre Chancen, einen dauerhaften autonomen Status für die Region durchzusetzen und funktionsfähige Verwaltungsstrukturen zu errichten, eher gering. Auch die RRA soll militärische Unterstützung von Äthiopien erhalten.

Auch im übrigen Süd- und Zentralsomalia beweisen bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Clans und Subclans, lokalen Kriegsfürsten (Warlords) und radikal-islamischen Gruppen, dass die Übergangsregierung in Mogadishu selbst in ihrer unmittelbaren Umgebung nicht in der Lage ist, das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. So kontrolliert sie lediglich einen kleinen Teil der „Hauptstadt“ Mogadishu.

Die somalische Gesellschaft ist insgesamt zutiefst gespalten. Das gesamte Land ist in unterschiedliche Zonen aufgeteilt, die von verschiedenen Kriegsfraktionen kontrolliert werden. Diese Kriegsfraktionen treten im Namen von Clans oder Clanfamilien, zum Teil auch von clanübergreifenden Bündnissen an. So zählt eine Koalition oppositioneller Warlords mit unterschiedlicher Clanzugehörigkeit, der „Somali Reconstruction and Restoration Council“ (SRRC) zu den wichtigsten Gegnern der Übergangsregierung.

Je nach Ressourcenausstattung kommandieren die militärischen Anführer der Kriegsfraktionen größere oder kleinere Gruppen von Kämpfern. Dabei legt der häufige Wechsel der Allianzen und Übertritt von Kämpfern von der Gefolgschaft eines Warlords zur nächsten nahe, dass das eigentliche Motiv für viele Kämpfer weniger in der Loyalität zu ihrem Clanverband als im persönlichen Nutzen liegt. Krieg ist in Somalia für viele längst zur Einkommensquelle geworden und junge Kämpfer sichern als „Söldner“ das Überleben ganzer Großfamilien<sup>6</sup>.

Seit den Anschlägen von New York und Washington beschuldigen sich einige der Kriegsfraktionen und Clanvertreter gegensei-

tig, enge Verbindungen zu islamischen Fundamentalisten zu unterhalten. Sie fordern eine internationale militärische Intervention, um angebliche militärische Basen radikal-islamischer Organisationen in Somalia zu zerstören. Vermutungen, dass es sich dabei um Strategien handelt, mit Hilfe derer der jeweilige politische Gegner ausgeschaltet werden soll, sind naheliegend. So schreibt auch der bekannte somalische Schriftsteller Nuruddin Farah, dass die Milizenanführer keinesfalls vertrauenswürdig seien: „Sie wechseln ständig die Verbündeten und zeigen mit erhobenen Fingern auf jeden Rivalen und denunzieren ihn als Freund Bin Ladens“<sup>7</sup>. Zu denjenigen, die eine internationale Bekämpfung der Islamisten fordern, zählt beispielsweise der Anführer der RRA, Hassan Mohammed Nur Shatigudud, der mit seinen Milizen die Region Bay besetzt hat<sup>8</sup>.

Auch der Übergangsregierung wird vorgeworfen, enge Verbindungen zu radikalen Islamisten zu unterhalten. Tatsächlich erhält sie Unterstützung von islamischen Gerichtsmilizen, die, finanziert von privaten Geschäftsleuten, die Sicherheitslage in Teilen Mogadishus verbessert haben. Welche Anhaltspunkte gibt es jedoch dafür, dass die zerstrittene Gesellschaft Somalias einen Hort international operierender Terrorgruppen darstellt? Wie stark sind fundamentalistische Gruppen in Somalia? Über welche Unterstützung verfügen sie in der Bevölkerung?

### **Die Entwicklung des politischen Islam während des Barre-Regimes**

Die Existenz radikal-islamischer Gruppen stellt kein neues Phänomen für Somalia dar. Wie im Sudan und in Ägypten formierten sich auch in Somalia bereits in den 1970er Jahren fundamentalistisch orientierte religiöse Gruppierungen, die in der Hinwendung zum politischen Islam auch eine Demonstration kultureller Eigenständigkeit gegenüber dem nicht-islamischen Ausland verstanden. Diese Entwicklung wurde ab Mitte der 1970er Jahre durch die verstärkte Arbeitsmigration vieler Somalis in die Golfstaaten und die dadurch intensivierten Verbindungen zwischen Somalia und der arabischen Welt

<sup>6</sup> Vgl. Jutta Bakonyi: Somalia im Visier der Anti-Terror-Allianz: Hintergründe des Staatszerfalls, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2002, S. 229-236.

<sup>7</sup> Nuruddin Farah: Der Ruf des Satans, in: Die Zeit, 3.1.2001.

<sup>8</sup> Vgl. Horn of Africa Bulletin Vol. 13 No. 6 Nov.-Dec. 2001.

verstärkt. So waren islamistische Gruppierungen in dieser Zeit vor allem in Nord-somalia präsent, dem Gebiet, in dem die Arbeitsmigration am stärksten verbreitet war<sup>9</sup>. Ein weiterer Faktor, der zur Ausbreitung des politischen Islam in Somalia beitrug, war der Beitritt des Landes zur Liga der arabischen Staaten im Jahr 1974. Dieser Beitritt hatte nicht nur eine Zunahme an Entwicklungshilfegeldern aus dem arabischen Raum zur Folge. Er führte auch dazu, dass junge Somalis zunehmend Förderungen erhielten, um an religiösen Einrichtungen im Ausland (Saudi Arabien, Ägypten) zu studieren. Als Rückkehrer gründeten diese neuen islamischen Eliten eine Reihe religiös-fundamentalistischer Zirkel und Organisationen, vor allem in Nordsomalia und in Mogadishu.

Die Unterstützung für einen politischen Islam blieb während des Barre-Regimes jedoch auf vereinzelte, meist städtische Bevölkerungsgruppen beschränkt. Ein Grund hierfür waren zum einen die staatlichen Repressionen, denen islamistische Gruppen im sozialistischen Somalia ab 1975 zunehmend ausgesetzt waren. Mitglieder religiöser Gruppierungen, die sich offen gegen den säkularen Staat und seine „anti-islamische“ Gesetzgebung (etwa im Familienrecht) aussprachen, wurden vielfach verhaftet, andere flohen ins Ausland oder mussten im Untergrund operieren.

Die eigentliche Ursache dafür, dass der politische Islam in dieser Phase bei der breiten Masse der Bevölkerung wenig Anhänger gefunden hat, liegt jedoch in der stark segmentären Gesellschaftsstruktur der Somali und ihrem traditionell gemäßigten „Volksislam“<sup>10</sup>. So stellt die clanbasierte somalische Gesellschaftsordnung ein entscheidendes Hindernis für Bewegungen und Organisationen mit gesamtgesellschaftlicher oder gar universalistischer Ausrichtung (Umma) dar. Für religiöse wie für politische Gruppierungen ist die Entwicklung nationaler Strategien oder die Organisation landesweiter Aktivitäten in Somalia bis heute ein schwer erreichbares Ziel. Abgesehen von spezifischen Anhängergruppen, wie gelehrten Muslimen oder Händlern mit engen Beziehungen nach Saudi

Arabien, konnten die islamischen Organisationen in der Regel breitere Bevölkerungsschichten nicht mobilisieren. Zudem konkurrierten die religiösen Gruppierungen in der Endphase des Barre-Regimes mit den zahlreichen militärischen Widerstandsgruppen, die sich auf Clanbasis organisierten. Die ohnehin starke Identifikation innerhalb der Nomadengesellschaft mit kleinräumigen sozialen Einheiten wie Familie, Subclan und Clan wurde dadurch verstärkt.

Schließlich steht der von fundamentalistischen Gruppen proklamierte „reine Islam“ der somalischen Glaubensauffassung tendenziell entgegen. Parallel zu der jahrhundertalten, hohen kulturellen Bedeutung des Islam hat sich in Somalia ein eigenes Islamverständnis entwickelt, das sich in vielen Punkten von dem orthodoxen Religionsverständnis anderer islamischer Gesellschaften, insbesondere der wahabitischen Glaubensrichtung<sup>11</sup>, unterscheidet. Vor allem in Südsomalia wurden bis zu Beginn der 1990er Jahre die rituellen Vorschriften des Islam lediglich von Teilen der Bevölkerung strikt befolgt<sup>12</sup>. Auch die Stellung von Frauen in der somalischen Gesellschaft unterscheidet sich von der in orthodox-muslimischen Ländern. So sind Frauen vom öffentlichen Leben nicht ausgeschlossen und nehmen - beispielsweise als Händlerinnen - eine wichtige Stellung im somalischen Wirtschaftsleben ein. Für die Mehrheit der Bevölkerung stellte der politische Islam zu Beginn der 1990er Jahre daher keine gesellschaftliche Alternative zum bekämpften Barre-Regime dar.

### **Der wachsende Einfluss des politischen Islam seit Mitte der 1990er Jahre**

Im Laufe der 1990er Jahre nahm der gesellschaftliche Einfluss radikal-islamischer Gruppen stark zu. Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit zwei Ereignissen:

<sup>11</sup> Die Wahabiten stellen eine politisch-religiöse Bewegung dar, die 1744 in Arabien aus einem Bündnis zwischen Mohamed Ibn abd al-Wahab und der arabischen Herrscherfamilie Saud entstand. Al-Wahab trat für eine Rückkehr zur ursprünglichen Reinheit des Islams ein. Sowohl in Saudi-Arabien als auch bei den Taliban Afghanistans dominiert die wahabitische Glaubensrichtung.

<sup>12</sup> Vgl. etwa Maho Aves 1987: Der Islam in Somalia, in: Maho Aves und Karl-Heinz Bechtold: Somalia im Wandel, Tübingen.

<sup>9</sup> Vgl. Roland Marchal, 2001a.

<sup>10</sup> Vgl. Abdurahman Hagi Hussien Aden: Kräfteverschieben zwischen Fundamentalismus und Volksislam, in: Frankfurter Rundschau, 28.01.2002.

Erstens dem somalischen Bürgerkrieg und der damit verbundenen zunehmenden Gewalt, der immer mehr Menschen zum Opfer fielen; zweitens den Nachwirkungen der internationalen Intervention „Restore Hope“, die von vielen Somali als Akt kultureller Aggression des Westens wahrgenommen wurde. In der Phase zwischen Januar 1991 und Ende 1992 erreichte die Gewalt im Süden Somalias und insbesondere in Mogadishu einen Höhepunkt. Hunderte von Personen wurden während der Kämpfe zum Teil willkürlich umgebracht. Mitglieder der Hawiye-Clanfamilie, die den neuen „Präsidenten“ Ali Mahdi unterstützten, machten Jagd auf vermeintliche Mitglieder der Darood-Clanfamilie, die als Anhänger des alten Barre-Regimes galten<sup>13</sup>. Doch auch innerhalb der Hawiye-Clanfamilie bildeten sich verfeindete Fraktionen, die um die Machtübernahme stritten. Der Hauptwiderrächer Ali Mahdis, General Aideed, gehörte ebenfalls der Hawiye-Clanfamilie an (Habr Gedir Clan). Auch Aideed bezeichnete sich als neuen Präsidenten des Landes und scharte eine bewaffnete Anhängerschaft um sich. Im Laufe der Auseinandersetzungen verwischten die Grenzen der Zuordnung jedoch immer stärker, unterschiedlichste Kriegerfraktionen und marodierende Jugendbanden kämpften mit- und gegeneinander, Raub und Plünderungen waren an der Tagesordnung. Das Alltagsleben der Bewohner Mogadishus zeichnete sich durch extreme Unsicherheit aus; soziale Normen und Verhaltensregeln waren scheinbar außer Kraft gesetzt. In dieser Situation suchten viele Menschen Zuflucht in ihrem Glauben - der Islam stellte eine der wenigen verbliebenen Instanzen geltender sozialer Normen und Regularien dar. Nicht nur Moscheen verzeichneten stärkeren Zulauf, auch die Anhängerzahlen radikal-islamischer Organisationen stiegen<sup>14</sup>.

Zu einer Islamisierung des öffentlichen Lebens trugen auch die islamischen Gerichtshöfe bei, die ab Mitte der 1990er Jahre in immer mehr Landesteilen etabliert wurden. Unter Berufung auf die Sharia verhängten sie teilweise drakonische Strafen (Amputationen, Auspeitschungen, Steinigungen), die häufig unmittelbar nach der Urteilsverkündung öffentlich ausgeführt wurden. Obwohl diese Urteile dem stark auf Konsens und Entschädigung ausgerichteten Gewohnheitsrecht der Somali nicht entsprechen, stießen sie bis heute bei einem Großteil der Bevölkerung auf Zustimmung. Die Sharia-Gerichte schafften in ihren Einflussbereichen ein Maß an öffentlicher Ordnung und Rechtssicherheit, das die Kriegsfürsten und selbsternannten politischen Führer nicht herstellen konnten. Der politische Islam füllte damit das Vakuum, das der Kollaps der staatlichen Strukturen hinterlassen hatte.

Ein zweiter Faktor, der zu einer Radikalisierung somalischer Glaubensgemeinschaften beigetragen hat, war die UN-Intervention (UNOSOM) in Somalia von 1992-1995. Die Intervention, in deren Verlauf sich die „United Task Force“ wider Willen zur Kriegspartei entwickelte, wurde zunehmend als Demonstration technologischer und kultureller Überlegenheit des Westens wahrgenommen<sup>15</sup>. Dazu trug nicht zuletzt das Verhalten der UN-Soldaten gegenüber der somalischen Zivilbevölkerung bei. So wurden von Beginn an wichtige somalische Persönlichkeiten nicht in Entscheidungsprozesse der UN einbezogen oder auch nur konsultiert. Neben weiteren Fehlern, die etwa bei der nicht konsequent durchgeführten Entwaffnung der Bevölkerung gemacht wurden, führte vor allem die zum Teil inhumane Behandlung somalischer Gefangener und die „Hetzjagd“ auf General Aideed dazu, dass sich die Stimmung der Bevölkerung gegen die UN wendete<sup>16</sup>. Die Folge war nicht nur

<sup>13</sup> Siad Barre gehörte dem Maheeran-Clan an, der Teil der Darood-Clanfamilie ist. Mitglieder dieses Clans waren während seiner Regierungszeit politisch und wirtschaftlich privilegiert. Andere Mitglieder der Darood-Clanfamilie, etwa die Majerteen, bildeten einen wichtigen Teil der Opposition gegen das Barre-Regime.

<sup>14</sup> Vgl. Roland Marchal 2001b: Islamic political dynamics in the Somali civil war: Conference Paper, Institute of Global Cultural Studies, Binghamton University.

<sup>15</sup> Die Intervention, die als Reaktion des Westens auf die humanitäre Katastrophe in Südsomalia ins Leben gerufen worden war, wurde zunächst von einem Großteil der Bevölkerung begrüßt. Vgl. Maria H. Brons, 2001: Society, Security, Sovereignty and the State in Somalia, Utrecht.

<sup>16</sup> Vgl. Rakiya Omaar, Alex de Waal, 1994: Somalia: Human Rights Abuse by the United Nations Forces, in: Mohamed Salih, Lennard Wohlgenuth (Eds.): Crisis Management and the Politics of Reconciliation in Somalia, Uppsala.

eine Stärkung der somalisch-islamischen Identität. Es entwickelte sich eine massive Ablehnung gegen die ausländischen Soldaten und die christlich-westlichen Werte, die diese für die somalische Bevölkerung repräsentierten. Auch hier profitierten radikal-islamische Gruppen, die diese Stimmung zur Mobilisierung von Anhängern nutzten.

### **Die *Al Ittihad al-Islami***

Von den islamisch-fundamentalistischen Organisationen, die während des Bürgerkrieges entstanden, erreichte die *Al Ittihad al-Islami* (Islamische Union) den größten Bekanntheitsgrad. Die Organisation wurde Ende der 1980er Jahre in der Region Gedo in Südsomalia gegründet. Durch ihre Gewaltbereitschaft und ihre straffe Organisation unterschied sie sich von anderen islamistischen Gruppierungen Somalias. Auch in ihrer politischen Zielsetzung stellte *Al Ittihad* eine Ausnahme dar: als letzte politische Kraft forderte sie die Schaffung eines islamischen Großsomalia, das die von Somaliern bewohnten Gebiete im heutigen Äthiopien und in Kenia einschließt. *Al Ittihad* war in der ersten Hälfte der 1990er Jahre auf unterschiedlichen Gebieten aktiv. Die Organisation unterhielt Koranschulen und karitative Einrichtungen wie Waisenhäuser und Gesundheitszentren. Sie verfügte über genügend Ressourcen, um die dafür notwendige Infrastruktur aufzubauen und qualifiziertes Personal einzustellen. Dies zeigt, dass sie Zugang zu finanziellen Mitteln hatte, die wahrscheinlich auch aus dem Ausland kamen. Nach US-Angaben soll neben Staaten des Persischen Golfs auch Libyen zu den Geldgebern gehört haben<sup>17</sup>. Im Jahr 1991 wurde der bewaffnete Arm der *Al Ittihad* gegründet, über dessen Größe und Stärke nur wenige Fakten bekannt sind. Als gesichert gilt, dass die Organisation zu Beginn der 1990er Jahre über mehrere militärische Trainingslager in der Nähe der somalisch-kenianischen und der somalisch-äthiopischen Grenze verfügte. Bei der militärischen Ausbildung neuer Kämpfer sollen islamische Organisationen aus dem Sudan finanzielle und logistische Unterstützung gewährt haben.

Im Jahr 1996 erlangte die Organisation internationale Aufmerksamkeit, nachdem sie sich zu einer Reihe von Anschlägen in Äthiopien bekannt hatte. Dabei waren in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba und in Dire Dawa im Osten des Landes mehrere Personen getötet und der äthiopische Transport- und Kommunikationsminister, Adul Majid, schwer verletzt worden. Das Motiv für die Terrorakte lag in der Solidarisierung der pansomalisch orientierten *Al-Ittihad* mit somalischen Separatisten in Äthiopien.

Unmittelbar nach den Anschlägen marschierten äthiopische Truppen in die somalische Region Gedo ein. Nach eigenen Angaben zerstörte die äthiopische Armee dabei Trainingscamps der „multinationalen terroristischen Gruppe“ in der Nähe der Stadt Luuq am Juba-Fluss<sup>18</sup>. Die äthiopische Regierung gab an, bei der Zerstörung der Ausbildungslager eine Reihe politischer Gefangener aus Pakistan, dem Sudan und Jemen gemacht zu haben. Auch seien Kämpfer der äthiopischen Oppositionspartei OLF in den somalischen Camps ausgebildet worden. Für diese Aussagen legte Addis Abeba jedoch keine Beweise vor<sup>19</sup>.

Nach der Zerstörung ihrer Basis in Luuq verstärkte *Al Ittihad* ihre Präsenz an der Grenze zu Kenia und im Nordosten des Landes. Vor allem die Häfen Bossaso in Puntland und Merka im Süden Somalias stellten strategische Schwerpunkte der Organisation dar. In Puntland wurde *Al Ittihad* jedoch von dem späteren Präsidenten der autonomen Verwaltungsregion, Colonel Abdullahi Yusuf, bekämpft.

### **Die Verbindungen von *Al Ittihad* und *Al Qaida***

Über die Verbindungen der *Al Ittihad* zur *Al Qaida* Bin Ladens existieren lediglich wenig gesicherte Erkenntnisse. Sowohl äthiopische als auch US-amerikanische Geheimdienstquellen weisen auf eine solche Verbindung hin, ohne bisher jedoch Beweise dafür vorgelegt zu haben. Zudem stehen die Aussagen diverser Regierungsvertreter und Geheimdienstmitarbeiter häufig im Widerspruch zu Darstellungen, die von wissenschaftlicher

<sup>17</sup> Diese Aussage machte zumindest Ted Dagne, Spezialist des Forschungsdienstes des US-Kongresses. Vgl. Greg Gordon: Group formed amid the chaos of Somalia, Star Tribune, 14.10.2001.

<sup>18</sup> Vgl. Kathrin Eikenberg 1997: Somalia 1996, in: Rolf Hofmeier et al. (Hrsg.): Afrika-Jahrbuch 1996, Hamburg, S. 302-306.

<sup>19</sup> Vgl. Roland Marchal, a.a.O., 1991b.

Seite und von den UN gemacht werden. So ließ ein ehemaliger Chef der Terrorismusbekämpfung der CIA, Vincent Cannistro, gegenüber der Presse verlauten, der Sicherheitschef Bin Ladens, Muhammed Atef, habe die Gründung von *Al Ittihad* initiiert<sup>20</sup>. *Al Ittihad* soll nach dieser Sicht von Bin Ladens Basis im Sudan aus gesteuert worden sein. Außerdem soll *Al Qaida* für Waffenlieferungen verantwortlich sein, die die Tötung von 18 US-Soldaten der „United Task Force“ im Jahr 1993 möglich gemacht haben<sup>21</sup>. Auch die Washington Post berichtete unter Berufung auf amerikanische Geheimdienstinformationen, dass *Al Ittihad* die somalische „Zweigorganisation“ von *Al Qaida* sei. Letztere habe die Camps der *Al Ittihad* unter anderem als regionale Basis genutzt, um von hier aus die Bombenattentate von 1998 auf die Botschaften in Kenia und Tanzania vorzubereiten<sup>22</sup>. Gleichzeitig räumte die Zeitung jedoch ein, dass die amerikanischen Geheimdienste praktisch kein Wissen über Somalia hätten.

Randolph Kent, UN-Koordinator für Somalia, erklärte im Dezember 2001 gegenüber der Presse, dass den UN keine Informationen über eine Verbindung zwischen *Al Qaida* und *Al Ittihad* vorlägen<sup>23</sup>. Auch Wissenschaftler wie der amerikanische Islam- und Somalia-Experte Ken Menkhaus bezweifeln die Verbindungen zwischen *Al Qaida* und *Al Ittihad*<sup>24</sup>. Somalia wird vielmehr als ein relativ „unwirtliches Terrain“ für Bin Ladens Organisation betrachtet. Da Allianzen sehr instabil seien und schnell gewechselt würden, sei es für eine internationale Terrororganisation sehr schwierig, unentdeckt zu operieren. Einzig die somalische Küste und ihre Häfen, die unter Kontrolle verschiedenster Clanmilizen sind, könnten als „Umschlaghäfen“ für Terroristen dienen. Aber auch hierfür gebe es bisher keine Beweise.

<sup>20</sup> Vgl. Greg Gordon: Group formed amid the chaos of Somalia, in: Star Tribune, Washington, 14.10.2001.

<sup>21</sup> Vgl. Simon Robinson: The Next U.S. Target? In: Time Europe, 03.01.2002.

<sup>22</sup> Vgl. Washington Post, 04.11.2001.

<sup>23</sup> Vgl. James Astill: Wrong target. Donald Rumsfeld claims that Somalia is harbouring al-Qaida, in: The Guardian, 04.12.2001.

<sup>24</sup> So Ken Menkhaus in einem Vortrag bei der Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden am 27. November 2001.

Die Zweifel an der Verbindung zwischen *Al Ittihad* und *Al Qaida* werden dadurch untermauert, dass es seit dem Besuch amerikanischer Sicherheitsexperten und eines UN-Erkundungsteams in Somalia im Oktober und Dezember 2001 sehr ruhig um das Land geworden ist. Diese hatten zum Ziel, Informationen über mögliche terroristische Ausbildungslager und ihre Verbindung zu *Al Qaida* einzuziehen<sup>25</sup>.

Viele Beobachter sind sich jedoch wenigstens in einem Punkt einig: *Al Ittihad al-Islami* hat ihre Stärke weitgehend eingebüßt. Da in der Bevölkerung die Unterstützung der Organisation aus dem Sudan bekannt ist, wird sie besonders von vielen gebildeten Somali als „Marionette des Auslands“ angesehen. Ferner ist *Al Ittihad* an dem Versuch gescheitert, außerhalb des somalischen Clansystems zu operieren. So hat sie an einigen Orten Allianzen mit lokalen Clans aufgebaut, was dazu führte, dass sie von anderen Clans heftig bekämpft wurde.

Nach den militärischen Niederlagen gegen die äthiopische Armee und die Milizen verschiedener Warlords soll der militante Flügel der Organisation stark geschwächt sein, prominente Mitglieder sind in den Untergrund gegangen<sup>26</sup>. Die Hauptziele der *Al Ittihad* liegen gegenwärtig im innenpolitischen Bereich und nicht in der Unterstützung internationaler Terrorgruppen. So soll die Organisation weiterhin versuchen, Geschäftsleute an sich zu binden und die neuen staatlichen Organisationen zu infiltrieren. Dies ist ihr vor allem in einem Bereich gelungen: Große Teile der Armee- und Polizeikräfte der Übergangsregierung setzen sich aus ehemaligen Milizen der Sharia-Gerichte zusammen, die wiederum aus den Reihen der *Al Ittihad*-Kämpfer rekrutiert wurden. Der Einflussbereich dieser Regierungseinheiten beschränkt sich jedoch weiterhin auf wenige, meist städtische Regionen – landesweit ist ihre Durchsetzungskraft sehr gering.

<sup>25</sup> Auch wenn die Erkundigungen noch nicht abgeschlossen sind, ließen die UN bereits verlauten, dass in einem vermuteten Terroristencamp in der Nähe der kenianischen Grenze lediglich ein Waisenheim gefunden worden sei. Vgl. James Astill: Wrong target, a.a.O.

<sup>26</sup> Vgl. Adrian Blomfield: US target's in Somalia running for cover, in: news.telegraph.co.uk, 10.01.2002; Peter Biles: Analysis: Somalia's power-brokers, BBC News (news.bbc.co.uk), 08.01.2002.

Das Ziel der Schaffung eines islamischen Gottesstaates verfolgt *Al Ittihad* heute jedoch primär über den Weg der Koranschulen: diese sollen zu einer breiteren Akzeptanz der Ideen des politischen Islam beitragen. Der karitative Flügel der Organisation ist jetzt unter dem neuen Namen *Al-Itisam al-Islam* aktiv<sup>27</sup>.

Die Beweislage für eine internationale Sicherheitsbedrohung durch somalische Organisationen oder für deren Beteiligung an weltweiten terroristischen Aktivitäten ist demnach sehr dünn. Vor allem die Rolle Äthiopiens, das am vehementesten auf Somalia als Hort des internationalen Terrorismus verweist, ist zwiespältig<sup>28</sup>. Die somalischen Gebietsansprüche im Ostteil Äthiopiens, Auslöser des Ogadenkrieges von 1977-1978, belasten noch heute die Beziehungen zwischen beiden Ländern. So erscheint es plausibel, dass Äthiopien über seine Somalia-Politik seine Vormachtstellung in der Region stärken und die Ogaden-Frage endgültig für sich entscheiden will. Aus diesem Grund gehen Regionalexperten davon aus, dass Äthiopien ein Interesse an der Zersplitterung Somalias in zahlreiche Subregionen hat<sup>29</sup>. In der Tat beteiligt sich Äthiopien aktiv an der Destabilisierung des Nachbarlandes, indem es Warlords, die gegen die Übergangsregierung kämpfen, militärische Unterstützung zukommen läßt.

Aber auch eine Reihe weiterer Faktoren sprechen gegen einen Militäreinsatz in Somalia:

- Falls ein Einsatz von Bodentruppen in Somalia von äthiopischen Armeeeinheiten durchgeführt würde, könnte dies die Spannungen zwischen beiden Ländern erheblich verstärken. Die Gefahr eines innerafrikanischen Krieges, in den auch andere Nachbarstaaten involviert werden könnten, ist groß. Da Äthiopiens Elite mehrheitlich christlich-orthodoxen Glaubens ist, könnten zudem anti-christliche Ressentiments innerhalb der somalischen Gesellschaft belebt werden.
- Die Notlage, in der sich die somalische Bevölkerung befindet und die sich durch die Sperrung der internationalen Barakaat-Konten verschärft hat, würde sich durch ein erneutes Anheizen des Bürgerkrieges verschlimmern. Jedenfalls waren die Hungersnöte, unter denen die Bevölkerung in den letzten Jahren zu leiden hatte, in erheblichem Maß auf die Auswirkungen des Bürgerkrieges zurückzuführen.
- Ein neues militärisches Eingreifen durch den Westen würde antiwestliche Strömungen innerhalb der somalischen Gesellschaft fördern. Dadurch könnten radikal-islamische Gruppen wie *Al Ittihad* erneut an Unterstützung gewinnen.

<sup>27</sup> Vgl. Thomas Scheen: Jagd auf ein Gespenst. Die somalische Islamistengruppe *Al Ittihad Al Islamija* ist nicht zu fassen, in: FAZ, 29.11.2001.

<sup>28</sup> Die Motive des äthiopischen Premierministers Meles Zenawi für zweifelhafte Aussagen in einem Interview gegenüber der arabischen Tageszeitung *Al Hayat* dürften machtpolitischer Natur sein. Meles erklärte, dass die Aktivitäten *Al Qaidas* seit dem 11. September in Somalia deutlich zugenommen hätten. Vgl. Ethiopian News Agency, 28.1. 2002.

<sup>29</sup> Vgl. Ayuamaha, Mogadishu, 21.1.2001, in: Africa Research Bulletin, Vol. 38 No. 11 November 2001.

Autorin: Dr. Antonie Nord, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Afrika-Kunde (IAK), Hamburg.  
E-Mail: nord-iak@uni-hamburg.de

Impressum: *AFRIKA IM BLICKPUNKT* erscheint unregelmäßig und bietet Hintergrundinformationen zu aktuellen Entwicklungen im subsaharischen Afrika. Herausgeber ist das Institut für Afrika-Kunde (IAK) in Hamburg.

Redaktionsanschrift:  
Institut für Afrika-Kunde  
Neuer Jungfernstieg 21  
20354 Hamburg  
Tel.: 040 / 42825-523  
Fax: 040 / 42825-511  
E-Mail: iak@uni-hamburg.de

Das IAK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Das Institut für Afrika-Kunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht des Instituts für Afrika-Kunde darstellen. Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Erlaubnis der Redaktion gestattet.

Redaktion: Cord Jakobeit  
Satz: IAK  
Druck: Institut für Allgemeine Überseeforschung, Hamburg

ISSN 1619-3156

**Institut für Afrika-Kunde**  
**Institute of African Affairs**  
im Verbund Deutsches Übersee-Institut  
- Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft -  
Neuer Jungfernstieg 21  
20354 Hamburg  
Tel.: 040 / 42825-523  
Fax: 040 / 42825-511  
E-Mail: iak@uni-hamburg.de  
Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/iak>



Folgende Ausgaben von *Afrika im Blickpunkt* sind bisher erschienen:

- |            |                |  |
|------------|----------------|--|
| Nr. 1-2002 | Antonie Nord   | Somalia und der internationale Terrorismus:<br>Wie stark sind islamische Fundamentalisten<br>am Horn von Afrika?<br>Institut für Afrika-Kunde (IAK), Hamburg<br>Februar 2002 |
| Nr. 2-2002 | Olaf Nielinger | Afrika nach dem 11. September 2001<br>Institut für Afrika-Kunde (IAK), Hamburg<br>Februar 2002   |